



Protokoll

15. Sitzung des Kreistages des Landkreises Peine

Sitzungstermin:	Mittwoch, 26.06.2019
Raum, Ort:	Aula des Ratsgymnasiums, Burgstraße 2, 31224 Peine
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	18:46 Uhr

Anwesende:

Vorsitz

Herr Hartmut Marotz

Mitglieder

Herr Franz Einhaus

Herr Rainer Röcken

Frau Doris Meyermann

Herr Hans-Hermann Baas

Herr Maik Burgdorf

Frau Dr. Katrin Esser-Mönning

Frau Monika Heilmann-Eschemann

Herr Frank Hoffmann

Herr Wilhelm Laaf

Herr Romec Manns

Herr Holger Meyer

Herr Christoph Moritz

Frau Nadine Muthmann

Frau Simone Pifan

Frau Miriam Riedel-Kielhorn

Herr Ulrich Seffer

ab 17.40 Uhr

Herr Uwe Semper

Frau Christine Spittel

Herr Werner Welzel

Herr Jens Zielsdorf

Herr Björn Busse

Herr Hans-Werner Fechner

Herr Carsten Heuer
Frau Christine Heuer
Herr Heiko Jacke
Herr Dr. Christof Klinke
Herr Michael Kramer
Herr Karsten Könnecker
Herr Stephan Nitsch
Herr Arnim Plett
Herr Georg Raabe
Frau Silke Weyberg
Frau Doris Maurer-Lambertz
Herr Heiko Sachtleben
Frau Rosemarie Waldeck
Herr Bernd Jakubowski
Herr Jürgen Rubin
Herr Andreas Tute
Herr Oliver Westphal
Herr Waldemar Hänsel
Herr Karl-Heinrich Belte
Herr Christoph Hauschke
Herr Dieter Samieske

ab 17.48 Uhr

Protokollführung

Herr Fabian Laaß

Vertretung für: Frau Katja Schröder

Verwaltung

Herr Dr. Detlef Buhmann
Herr Harald Friehe
Frau Cordula Heimbürg
Herr Henning Heiß
Herr Christian Mews
Herr Frank Scharenberg
Frau Sandra Scherneck

Vertretung für: Frau Silke Tödter

Vertretung für: Herrn Toni Bieband

Entschuldigte:

Mitglieder

Herr Matthias Möhle	Verhinderung
Herr Rüdiger Lampe	Verhinderung
Herr Carsten Rieck	Verhinderung
Frau Rebecca Mittal	Verhinderung
Herr Carsten Rauls	Verhinderung
Herr Malte Cavalli	Verhinderung
Frau Ilse Schulz	Verhinderung

Protokollführung

Frau Katja Schröder

Verhinderung

Verwaltung

Herr Toni Bieband

Frau Silke Tödter

Verhinderung

Verhinderung

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 13.03.2019 und 07.06.2019
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Aktueller Stand Perspektiven Klinikum Peine gGmbH
- 6 Satzung des Landkreises Peine zur Förderung der Kindertagespflege
- 7 Erarbeitung einer Hebammenrichtlinie für den Landkreis Peine
- 8 Zweckvereinbarung "Umwelt- und Gefahrstoffeinsätze"
- 9 Vereinfachte Flurbereinigung Algermissen, LK Hildesheim, - Hohenhameln, LK Peine; Änderung der Landkreisgrenze
- 10 Stellungnahme des Landkreises Peine zum Nahverkehrsplan 2020 des Regionalverbandes Großraum Braunschweig
- 11 Benennung einer Bürgervertreterin/ eines Bürgervertreters im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz
- 12 Benennung von Mitgliedern im Kommunalen Psychiatriebeirat
- 13 Mitgliedschaft im Seniorenbeirat;
hier: Vertreter/in der Gemeinde Vechelde
- 14 Hannoversche Informationstechnologien AöR, (HannIT)
- 15 Besetzung des Aufsichtsrates der Berufsbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Landkreis Peine mbH
- 16 Benennung einer Vertreterin/eines Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Berufsbildungs- u. Beschäftigungsgesellsch. LK Peine mbH
- 17 Personalangelegenheiten; Versetzung Bauoberrätin Katrin Schneider zum Land Niedersachsen
- 18 Beförderung von Herrn Dirk Sommer zum Kreisverwaltungsoberrat
- 19 Versetzung der Amtstierärztin Frau Dr. Sarah Mammen zum Landkreis Peine
- 20 Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnl. Zuwendungen; hier: Förderkreis der Astrid-Lindgren-Schule
- 21 Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnl. Zuwendungen; hier: Förderverein der Aueschule Wendeburg
- 22 Bericht des Landrates
- 23 Anfragen und Anregungen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

- 1. Eröffnung der Sitzung**

Kreistagsvorsitzender Marotz begrüßt die anwesenden Kreistagsabgeordneten, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Presse und eröffnet die Sitzung.

2 . Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Kreistagsvorsitzender Marotz stellt die ordnungsgemäße Ladung fest und erklärt das 41 Kreistagsabgeordnete und der Landrat anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben.

Kreistagsvorsitzender Marotz verweist auf die per Mail versandte Nachtragstagesordnung. Die ursprüngliche Tagesordnung sei um NEU TOP 17 „Personalangelegenheiten; Versetzung Bauoberrätin Katrin Schneider zum Land Niedersachsen“ erweitert worden. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte hätten sich entsprechend verschoben.

Zu TOP 7 gibt Kreistagsvorsitzender Marotz zudem bekannt, dass der Ausschuss für Gleichstellung, Arbeit und Soziales einen geänderten Beschlussvorschlag empfehle. Zudem gebe es einen erweiterten Beschlussvorschlag zu TOP 12, weil die AfD-Kreistagsfraktion ihre Mitglieder für den Kommunalen Psychiaterbeirat erst heute hätten melden können.

Der Kreistag stellt diese Tagesordnung im Anschluss einstimmig fest.

3 . Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 13.03.2019 und 07.06.2019

Beschluss:

Das Protokoll über die 13. Sitzung des Kreistages am 13.03.2019 wird einstimmig bei einer Enthaltung genehmigt. Das Protokoll über die 14. Sitzung des Kreistages am 07.06.2019 wird einstimmig bei acht Enthaltungen genehmigt.

4 . Einwohnerfragestunde

Herr Meißner fragt, wie der Kreistag zu der Situation stehe, dass Mitglieder des Bündnisses für Toleranz Besucher des Festes der Kulturen verbal attackieren, vom Fest entfernen wollen und körperlich angehen. Zwei der attackierten Bürger seien Mitglieder der AfD, ein weiterer parteilos. Zudem möchte er wissen, wie der Kreistag dazu stehe, dass KTA Meyermann die reine Anwesenheit von AfD-Mitgliedern als Privatpersonen als Provokation ansehe und damit die Attacke verteidige. Dies könne in einem PAZ-Artikel vom 3.6.2019 auf S.11 nachgelesen werden. Des Weiteren stellt Herr Meißner die Frage, ob Mitglieder der AfD keine öffentlichen Veranstaltungen besuchen dürften.

Kreistagsvorsitzender Marotz entgegnet, der Kreistag des Landkreises Peine sei ein Kollegialorgan. Als solches könne der Kreistag nur als Gesamtheit über einen Beschluss beziehungsweise eine Resolution Stellung nehmen. Es sei nicht möglich, einzelne Stellungnahmen aus der Mitte des Kreistages abzurufen. Ansonsten sei es eine Frage der Rechtslage. Dazu müsse eine juristische Bewertung und eine Feststellung der Sachverhalte erfolgen, um eine Antwort geben zu können. Einzelne Kreistagsmitgliedern könnten nach Beendigung der Sitzung sicherlich von Herrn Meißner angesprochen werden.

Landrat Einhaus pflichtet den Ausführungen des Kreistagsvorsitzenden bei. Es sei ihm aber ein Bedürfnis darauf hinzuweisen, dass die Kultur des Auseinandersetzens Formen angenommen habe, denen man in Zukunft Einhalt gebieten müsse. Die jüngsten Ereignisse hätten gezeigt, dass wenn die Kommunikation aus den Fugen gerate, Taten folgen würden. Dieses Thema sei kein abstraktes auf Bundesebene, sondern betreffe jede Gebietskörperschaft. Landrat Einhaus appelliert an alle Anwesenden, die Werte, die man für sich selbst reklamiere – ein gutes, gewaltfreies Miteinander ohne Beleidigungen und körperliche Gewalt – auch gegenüber anderen zu leben. Das erwarte er von allen Beteiligten.

Gerade in den vergangenen Tagen sei deutlich geworden, was geschehen kann, wenn in diesem Bereich etwas außer Kontrolle gerate. Landrat Einhaus bittet um Zurückhaltung. Beleidigungen und Bedrohungen seien nicht zumutbar. Schließlich sei das politische

Ehrenamt in der Sache schwierig genug. Bedroht oder angefeindet zu werden, passe weder zum Ehren- noch zum Hauptamt. Er erwarte gerade von den Kreistagsabgeordneten, sich nicht an derartigen Dingen zu beteiligen. Drohungen und Beschimpfungen würden nicht zum Gemeinwesen eines demokratischen Staates passen.

Weitere Fragen von Seiten der Einwohnerinnen und Einwohner liegen nicht vor.

5. Aktueller Stand Perspektiven Klinikum Peine gGmbH

Landrat Einhaus erklärt, die vergangene Kreistagssitzung sei davon geprägt gewesen, die Grundlagen zu schaffen, um dem Peiner Krankenhaus eine gute Perspektive zu schaffen. Allerdings habe man sich nicht in der Lage gesehen, eine finanzielle Größenordnung von fast 30 Millionen Euro zu geben, ohne beteiligt zu sein und Steuerungsmöglichkeiten zu erhalten. Im Aufsichtsrat sei aber gefordert worden, dass der Landkreis Peine Zahlungen, Darlehen und Bürgschaften bedingungslos innerhalb weniger Tage verbindlich zusage. Diese Forderung sei vor allen Dingen wegen der berechtigten Erwartungen der Politik zur stärkeren Einflussnahme nicht eingelöst worden.

Im Nachgang zur Aufsichtsratsitzung hat am 25.06.2019 zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden der AKH-Gruppe, Herrn Wiswe und Landrat Einhaus habe ein persönliches Gespräch stattgefunden. Dabei habe Herr Wiswe auch die Möglichkeit eingeräumt, dass der Landkreis Peine gemeinsam mit der Stadt Braunschweig ein Angebot für das Peiner Klinikum abgeben könne, um das Krankenhaus zeitnah aus der AKH-Gruppe herausgelöst werden und die Zusammenarbeit mit dem Klinikum Braunschweig angepeilt werden könne.

Unterstützt werde die Ansicht, dass die Zukunft des Klinikums Peine in einer Kooperation mit Braunschweig liege, durch die Enquetekommission des Landes. Diese habe deutlich gemacht, dass der Bereich Braunschweig-Wolfenbüttel-Peine eine Versorgungsregion bilden könnte. Es solle schnellstmöglich Gespräche mit der Stadt und dem Klinikum Braunschweig geben, denn die AKH-Gruppe habe deutlich gemacht, dass es auch offen für den Verkauf des Peiner Klinikums an einen privaten Krankenhausträger sei. Auf dem mit der AKH-Gruppe geschlossenen Vertrag werde man in jedem Fall bestehen. Das im Haushalt zur Verfügung gestellte Geld, werde noch gebraucht.

KTA Samieske erklärt, ihm komme es so vor, als ob der Landkreis Peine ein Spielball des AKH sei. Er fühle sich in der derzeitigen Situation nicht gerade glücklich. Es werde seiner Meinung nach wohl darauf hinauslaufen, dass es in Peine eine Grund- und Regelversorgung gebe – egal von welcher Seite betrieben. Die Leidtragenden seien die Patientinnen und Patienten sowie die Belegschaft. Für Letztere laufe es auf Lohnverzicht, Arbeitsplatzveränderung und auf Auslagerungen hinaus. Dann könne man nicht von einem „guten Krankenhaus“ sprechen. Er wünsche sich, dass das Klinikum Peine von der Kommune gekauft werde, um eine Möglichkeit zu Verhandlungen mit Braunschweig zu haben und das Beste für das Krankenhaus, die Belegschaft und die Patientinnen und Patienten zu tun.

KTA Hoffmann erklärt, es sei Landrat Einhaus und Erstem Kreisrat Heiß zu verdanken, dass überhaupt die Möglichkeit bestehe, nun Gespräche mit Braunschweig zu führen. Hätten sie nicht so geschickt verhandelt, würde es wahrscheinlich bereits keinen Anlass für Diskussionen mehr geben. Seiner Meinung nach sei der Landkreis auf einem sehr guten Weg, das gesetzte Ziel zu erreichen. Man habe alle Möglichkeiten und auch alle Voraussetzungen dafür geschaffen. Man werde alles dafür tun, das Klinikum Peine zu erhalten.

6 . Satzung des Landkreises Peine zur Förderung der Kindertagespflege Vorlage: 2019/455

Beschluss:

Die "Satzung des Landkreises Peine zur Förderung der Kindertagespflege zum 01.08.2019" wird gemäß der Anlage beschlossen, mit folgenden Änderungen:

§ 4 Laufende Geldleistung (§ 23 Abs. 2a SGB VIII)

(3) Die Kindertagespflegeperson erhält für jedes Kind die folgende laufende Geldleistung pro geleisteter und vom Landkreis Peine anerkannter Betreuungsstunde:

2,00 € für den Sachaufwand (§ 23 Abs. 2 Nr. 1 SGB VIII)

3,00 € für die Anerkennung ihrer Förderleistung (§ 23 Abs. 2 Nr. 2 SGB VIII)

3,50 € für die Anerkennung ihrer Förderleistung (§ 23 Abs. 2 Nr. 2 SGB VIII) erhalten Kindertagespflegepersonen mit dem Nachweis päd. Fachkraft (mind. 560 Std.)

Der Beitrag steigt jährlich jeweils zum 1. August entsprechend dem einschlägigen TVÖD.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: -- Enthaltung/en: --

7 . Erarbeitung einer Hebammenrichtlinie für den Landkreis Peine Vorlage: 2019/491

Kreistagsvorsitzender Marotz erklärt, dass der Ausschuss für Gleichstellung, Arbeit und Soziales einen geänderten Beschlussvorschlag empfehle. Dieser sei auch vom Kreisausschuss einstimmig empfohlen worden.

KTA Meyermann dankt der Verwaltung. Diese habe offenbar im Umgang mit AfD-Anträgen dazu gelernt. Man habe des Öfteren erlebt, dass die AfD ihre Anträge bei drohender negativer Beschlusslage zurückziehe. Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen begrüße die Einrichtung einer Hebammenzentrale ausdrücklich. Man habe sich auch die Einrichtung eines Geburtshauses vorstellen können. Dies sei aber zurzeit nicht realisierbar. Die Hebammenzentrale sei ein Anfang, werde die geschlossene Gynäkologie im Klinikum Peine aber nicht zurückholen. Die dort behandelten 1400 bis 1500 Fälle müssten sich weiterhin nach Alternativen umsehen. Das sei keine gute Entwicklung für die Frauen im Landkreis. Das auf reine Wirtschaftlichkeit ausgerichtete Gesundheitssystem zeige immense Schwächen.

Die Hebammenzentrale werde neben der Begleitung und Beratung von Schwangeren auch Hebammen selbst unterstützen, ein Netzwerk bieten und bei der Akquise neuer Hebammen helfen. Damit werde die Versorgung an Hebammen nicht sofort verbessert, aber auch nicht schlechter. Man müsse die ansässigen Hebammen halten. KTA Meyermann berichtet, sie hoffe sehr darauf, dass auch die angedachten Notfallsprechstunden und das Schwangeren-Café eingerichtet werden können. Es bedürfe eines ganz verlässlichen Startschusses für die Zentrale und der personellen Ausstattung ohne Wenn und Aber und unabhängig von den Entwicklungen um das Klinikum selbst. Mit dieser Hebammenzentrale binde man Frauen an das Klinikum Peine. Man stehe in Konkurrenz zu anderen Landkreisen und Krankenhäusern, weshalb ihre Fraktion die angedachten Gelder für Existenzgründung und Weiterbildung begrüße. Diese Konkurrenzsituation sei zwar keine gute Entwicklung, aber spiele man dieses Spiel nicht mit, habe man das Nachsehen. Ihre Fraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen.

KTA Westphal berichtet, ziehe man Anträge zurück, kehre bei seiner Fraktion die sogenannte Einsichtsfähigkeit ein. Man vertraue der Verwaltung. Erachte diese einen Antrag nicht als sinnvoll, könne man diesen nach einer Plausibilitätsprüfung auch zurückziehen. Die Idee zu dem Antrag bezüglich der Unterstützung von Hebammen sei im Frühjahr entstanden, als das Thema gerade aufgekommen sei. Man wolle die Förderung zur Neuanwerbung markant gestalten, die Ausbildung begleiten. Wichtige Punkte seien dabei die Bestandssicherung und die Weiterbildung. Hebammen seien Mangelware. Man freue sich über die breite Zustimmung in den Ausschüssen und begrüße ausdrücklich auch die finanzielle Aufstockung des Antrages. KTA Westphal dankt den Kollegen, die sich dafür die Mühe gemacht hätten.

KTA Samieske erklärt, der Hintergrund für diesen Antrag, nämlich der Hebammenmangel sei nicht erfreulich. Dieser Punkt sei vom Land und vom Bund sträflich vernachlässigt worden. Er wünsche sich grundlegende Veränderungen. Die angedachten 5000 Euro Existenzgründer-Unterstützung würden ihn nachdenklich machen. Es könne nicht sein, dass Landkreise und Krankenhäuser gegeneinander ausgespielt werden. Diese Gesundheitspolitik könne er nicht unterstützen und werde dem Antrag deshalb nicht zustimmen. Dies geschehe auch vor dem Hintergrund, dass sich KTA Samieske noch immer eine schnellstmögliche Lösung für die geschlossene Gynäkologie im Peiner Klinikum wünsche. Die Bürgerinitiative werde vor den Kopf gestoßen. Er wünsche sich ein Umdenken, um der zunehmenden Politikverdrossenheit entgegenzuwirken.

KTA Hoffmann berichtet, die Überschrift des Antrages sei eigentlich falsch. An der endgültigen Fassung des Antrages seien irgendwie alle Fraktionen beteiligt gewesen. Die 5000 Euro Existenzgründer-Unterstützung und die 500 Euro Weiterbildungspauschale habe die SPD eingebracht. Alle Fraktionen hätten die schwierige Situation der Hebammen erkannt. Es gebe einen Wettbewerb der Landkreise und Städte um Hebammen. Da müsse man ein Zeichen setzen. Dieser Beschluss sei ein erster Schritt, den man nach drei Jahren evaluieren müsse. Der vorliegende Beschluss sei das Ergebnis der gemeinsamen Ausarbeitung von Hebammen und Kreisverwaltung. KTA Hoffmann dankt der Verwaltung und besonders Herrn Dr. Buhmann dafür. Wenn man den Hebammen mit diesem Beschluss helfe und dafür Sorge, dass sich mehr Hebammen im Landkreis Peine niederlassen, sei das alle Arbeit wert.

KTA Kramer erklärt, das Wort Hebammenrichtlinie höre sich für ihn sehr bürokratisch an, Hebammenzentrale klinge nach viel Personal. Für ihn sei es eine Förderung für die Akquise von Personal. Seine Fraktion habe die Vorlage intensiv beraten. Er hoffe, dass als Ergebnis dieses Beschlusses nicht nur Bürokratie, sondern eine wirkliche Verbesserung der Betreuungssituation der werdenden Mütter herauskomme. Die Erhöhung der Beträge sei ein Kompromiss. Ob dieser ausreiche, müsse nach drei Jahren evaluiert werden. In vielen anderen Bereichen wirke sich der Fachkräftemangel aus. Abwerbungen seien alltäglich. Dem dürfe man sich nicht verschließen.

Der Beschlussvorschlag wird, wie in der Sitzung des AGAS am 24.06.2019 beschlossen, wie folgt geändert:

Um der angespannten Versorgungslage mit Hebammen im Landkreis Peine entgegenzuwirken, werden folgende Maßnahmen beschlossen:

- 1. Einrichtung einer Hebammenzentrale im Klinikum Peine, besetzt mit einer Hebamme (0,5 Stelle) und einer Verwaltungskraft (0,5 Stelle). Die Stellenbesetzung erfolgt im Vorgriff auf den Stellenplan 2020.*
- 2. Hebammen, die sich im Landkreis Peine freiberuflich niederlassen, erhalten einen Existenzgründungszuschuss von bis zu 5.000,00 €.*
- 3. Der Landkreis Peine unterstützt die berufliche Fortbildung freiberuflich tätiger Hebammen mit bis zu 500,00 € jährlich.*
- 4. Eine Evaluation findet nach drei Jahren statt.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich

Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 1 Enthaltung/en: -

**8 . Zweckvereinbarung "Umwelt- und Gefahrstoffeinsätze"
Vorlage: 2019/470****Beschluss:**

Der geänderten Zweckvereinbarung „Umwelt- und Gefahrstoffeinsätze“ wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

**9 . Vereinfachte Flurbereinigung Algermissen, LK Hildesheim, - Hohenhameln, LK
Peine; Änderung der Landkreisgrenze
Vorlage: 2019/472****Beschluss:**

Der vorgesehenen Grenzänderung zwischen der Gemeinde Hohenhameln und der Gemeinde Algermissen, gleichzeitig Kreisgrenze zwischen den Landkreisen Peine und Hildesheim, wie sie sich aus der zeichnerischen Darstellung und dem rechnerischen Nachweis des Amtes für regionale Landesentwicklung Leine-Weser ergibt, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

**10 . Stellungnahme des Landkreises Peine zum Nahverkehrsplan 2020 des Regionalverbandes Großraum Braunschweig
Vorlage: 2019/481**

KTA Hoffmann erklärt, die Stellungnahme zum Nahverkehrsplan sei sehr wichtig. Dieser Plan sei die Grundlage für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Region Braunschweig für die kommenden fünf Jahre. Ein wichtiger Punkt sei ein attraktives ÖPNV-Angebot, das von den Menschen auch angenommen werde. Es gehe seiner Fraktion aber nicht nur um den Klimaschutz. Es gebe auch Menschen, die nicht über einen oder zwei Autos vor der Tür verfügen würden, sondern die darauf angewiesen seien, auf andere Weise mobil zu sein. In den vergangenen fünf Jahren sei bereits viel erreicht worden. Es gebe aber noch viel zu tun. Genau das stehe in der Vorlage drin.

KTA Kramer berichtet, der Nahverkehrsplan werde alle fünf Jahre erstellt und sei eine gute Übersicht für die Verwaltung und die Kommunalpolitik. Dort könne man sich über die

Kompliziertheit des Zusammenspiels von 17 Bus- und drei Bahnunternehmen für drei Großstädte und fünf Landkreise informieren. Der Plan werde nicht alle fünf Jahre neu erfunden, sondern fortgeschrieben. Dabei würden Wünsche ergänzt und kritische Punkte herausgenommen. Als Peiner Kreistagspolitiker könne KTA Kramer die gute Recherche, die zusammenfassende Beschreibung für den Landkreis und die durchweg sinnvollen Vorschläge, Verbesserungen und Wünsche aus dem Referat für Kreisentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit nur loben. Ob es sich dabei um Illusionen oder zielgerichtete Visionen handle, könne dann 2025 bei der nächsten Fortschreibung festgestellt werden. Klar sei jedoch, dass sicherlich nicht alle Wünsche berücksichtigt und umgesetzt werden könnten, allein aus finanzieller Sicht. Auch wenn in den vergangenen Jahren durch die Landesregierung kontinuierlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt worden seien, seien die Begehrlichkeiten in allen Kommunen des Großraums Braunschweig groß. Die zahlreichen Hinweise der Verwaltung an den Regionalverband seien für KTA Kramer vor allem für zwei Ziele bedeutsam. Zum einen eine noch bessere Verbindung nach Hannover sowohl über Vechelde-Peine, als auch über Gifhorn-Dollbergen mit einem einheitlichen Tarifgebiet Hannover-Braunschweig oder sogar Südost-Niedersachsen. Es gehe um sehr viel Geld für die Verbesserungen in Richtung Hannover.

KTA Waldeck erklärt, dass der Nahverkehrsplan überwiegend Formulierungen wie „wird angestrebt“ oder „wäre wünschenswert“ beinhaltet. Hinter vielen Dingen würde zudem die Kostenfrage stehen. Dies sei ihrer Fraktion zu wenig. Die Mobilität im ländlichen Raum müsse als Schlüsselfaktor der Daseinsvorsorge betrachtet werden, da außerhalb der Stadt Wege zum Einkauf oder zum Arzt gerade für ältere Menschen ohne Hilfe oft nicht realisierbar seien. Zudem werde der Einsatz von Elektrobussen in der Vorlage gar nicht thematisiert. In diesem Punkt sei im Landkreis Peine aber unbedingter Handlungsbedarf genau wie beim Thema autonomes Fahren. Ihre Fraktion hätte sich mehr Mut gewünscht, diese Themen anzusprechen.

KTA Waldeck beantragt, das Wort „grundsätzlich“ aus dem ersten Satz des letzten Absatzes der Vorlage zu streichen.

Zunächst erfolgt die Abstimmung über den vorliegenden Antrag von KTA Waldeck. Dieser wird bei fünf Ja-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

Beschluss:

Die Stellungnahme der Verwaltung zum Beteiligungsentwurf des Nahverkehrsplans 2020 wird beschlossen. Für die Umsetzung einzelner Maßnahmen sind – vorbehaltlich einer Finanzierungsmöglichkeit – gesonderte Beschlüsse erforderlich.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 39 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: 5

11 . Benennung einer Bürgervertreterin/ eines Bürgervertreters im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz Vorlage: 2019/473

Beschluss:

Frau Darja Kröplin wird als Bürgervertreterin für den Ausschuss Umwelt und Verbraucherschutz benannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

**12 . Benennung von Mitgliedern im Kommunalen Psychiatriebeirat
Vorlage: 2019/443**

Kreistagsvorsitzender Marotz verweist auf den erweiterten Beschlussvorschlag, weil die AfD-Kreistagsfraktion ihre Mitglieder, KTA Tute und als sein Vertreter KTA Jakubowski, für den Kommunalen Psychiatriebeirat erst heute hätten melden können.

Beschluss:

Folgende Mitglieder und Vertreter werden für den Psychiatriebeirat benannt:

Mitglieder:

- (SPD) Eva Schlaugat
- (CDU) Carsten Rauls
- (B90/DieGrünen) Doris Meyermann
- (AfD) Andreas Tute

Vertreter:

- Ulrich Seffer
- Rebecca Mittal
- Rosemarie Waldeck
- Bernd Jakubowski

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: 2

**13 . Mitgliedschaft im Seniorenbeirat;
hier: Vertreter/in der Gemeinde Vechelde
Vorlage: 2019/450**

Beschluss:

Der Kreistag beruft den von der Gemeinde Vechelde benannten Herrn Heiko Spanier in den Seniorenbeirat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

**14 . Hannoversche Informationstechnologien AöR, (HannIT)
Vorlage: 2019/465**

Beschluss:

1. Dem Beitritt der Stadt Peine und der Gemeinden Edemissen, Ilsede und Wendeburg zur gemeinsamen kommunalen Anstalt, HannIT, und der damit verbundenen Satzung zur 6. Änderung der Satzung der gemeinsamen kommunalen Anstalt „Hannoversche Informationstechnologien AöR“, (HannIT), wird zugestimmt. *Der Landrat* wird ermächtigt, den öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Beteiligung weiterer Träger und über die Änderung der Satzung der gemeinsamen kommunalen Anstalt „Hannoversche Informationstechnologien AöR“, (HannIT), abzuschließen.
2. Für den Verwaltungsrat der gemeinsamen kommunalen Anstalt „Hannoversche Informationstechnologien AöR“ wird

Herr KVR Bernd Leunig

und als Ersatzmitglied

Herr Carsten Meißner

benannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

15 . Besetzung des Aufsichtsrates der Berufsbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Landkreis Peine mbH

Vorlage: 2019/497

Beschluss:

Die Gesellschafterversammlung der Berufsbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Landkreis Peine mbH wird angewiesen, als Nachfolgerin von Herrn Dr. Buhmann Frau Dr. Friedrich in den Aufsichtsrat der BBg zu berufen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

16 . Benennung einer Vertreterin/eines Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Berufsbildungs- u. Beschäftigungsgesellsch. LK Peine mbH

Vorlage: 2019/496

Beschluss:

In die Gesellschafterversammlung der Berufsbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Landkreis Peine mbH wird mit Wirkung ab 01.08.2019

Frau Dr. Friedrich

berufen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

17 . Personalangelegenheiten; Versetzung Bauoberrätin Katrin Schneider zum Land Niedersachsen

Vorlage: 2019/499

Beschluss:

Frau Bauoberrätin Katrin Schneider wird mit Wirkung zum 01.10.2019 zum Land Niedersachsen versetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

**18 . Beförderung von Herrn Dirk Sommer zum Kreisverwaltungsoberrat
Vorlage: 2019/459**

Beschluss:

Herr Dirk Sommer wird zum 01.07.2019 zum Kreisverwaltungsoberrat beim Landkreis Peine befördert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

**19 . Versetzung der Amtstierärztin Frau Dr. Sarah Mammen zum Landkreis Peine
Vorlage: 2019/460**

Beschluss:

Die Amtstierärztin Frau Dr. Sarah Mammen wird zum 01.07.2019 zum Landkreis Peine versetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

**20 . Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnl. Zuwendungen;
hier: Förderkreis der Astrid-Lindgren-Schule
Vorlage: 2019/483**

Beschluss:

Der Annahme der Spende des Förderkreises der Astrid-Lindgren-Schule über 4.708,96 € zur Anschaffung einer neuen Schaukelanlage für die Astrid-Lindgren-Schule wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

21 . Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnl. Zuwendungen

Beschluss:

Der Annahme der Spende in Höhe von 3.200 € an die Aueschule Wendeburg wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

22 . Bericht des Landrates

Es erfolgt kein Bericht des Landrates.

23 . Anfragen und Anregungen

KTA Kramer merkt an, dass es sich um die letzte Kreistagssitzung von Dr. Buhmann handele und lobt die angenehme, zuverlässige und kollegiale Zusammenarbeit zwischen ihm und seiner Fraktion.

Kreisrat für Soziales Dr. Buhmann spricht über seine Zeit beim Landkreis Peine. Er habe sich stets sehr wohl gefühlt und den Gestaltungsspielraum geschätzt. Das sei nicht in allen Verwaltungen gegeben. Noch nicht befriedigend gelöst sei die Krippen- und Kindergartenplatz-Problematik. Es würden noch immer viele Plätze fehlen. Ihm sei es stets darum gegangen, vorhandene Strukturen zu verbessern. Um den Landkreis wettbewerbsfähig zu halten, brauche es Mut zu gestaltender Politik. Verwaltung und Politik müssten verliebt sein ins Gelingen.

Landrat Einhaus dankt Dr. Buhmann für seine Arbeit für den Landkreis Peine. Er habe die Strukturen im Landkreis über viele Jahre mitgeprägt. Es sei eine fruchtbare und konstruktive Zusammenarbeit gewesen. Dr. Buhmann habe eine Infrastruktur geschaffen, die den Landkreis von vielen anderen abhebe.

Es gibt keine weiteren Anfragen und Anregungen.

Um 18.46 Uhr beendet Kreistagsvorsitzender Marotz die 15. Sitzung des Kreistages.

Hartmut Marotz
Kreistagsvorsitz

Franz Einhaus
Landrat

Fabian Laaß
Protokollführung